



## Weder öko- noch logisch?

### Die ökologische Steuerreform in der Kritik

**In Zusammenarbeit mit dem Referat für Wissenschafts- und Technikethik veranstaltete die Koordinationsstelle Umwelt der Fachhochschule Nürtingen am 7./8. November ein Ethik-Seminar für Lehrende an Fachhochschulen des Landes Baden-Württemberg**

Die politische und gesellschaftliche Debatte darüber, wie das bundesdeutsche Finanzsystem so umzugestaltet ist, dass es nicht nur ökonomischen, sondern auch sozialen und ökologischen Kriterien gerecht wird, macht auch vor den Hochschulen nicht halt. Vierzehn Lehrende an Fachhochschulen Baden-Württembergs folgten der Einladung des RTWE und der Koordinationsstelle Umwelt, FH Nürtingen, und diskutierten mit ausgewiesenen Experten Erfolge und Defizite der deutschen Ökosteuer. Welche Anliegen werden mit einer ökologischen Steuerreform verfolgt? Wie ist die Bilanz der bisherigen Steuerreform zu bewerten? Welche Bedenken wirtschaftlicher, umweltpolitischer und ethischer Art gilt es bei der zukünftigen Ausgestaltung der Ökosteuer zu berücksichtigen? Dies waren Fragen, die die Diskussion über anderthalb Tage beschäftigten.

Volkswirt **Dr. Stefan Bayer**, Universität Tübingen, erläuterte eingangs das Konzept der sog. externen Effekte: Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten auf die Umwelt seien für den Verursacher insofern extern, als sie nicht über den Preismechanismus in seine Wirtschaftsrechnung eingingen. Da die entstehenden Umweltkosten nicht internalisiert würden, sei der marktliche Steuerungsmechanismus gestört: zu viel von dem knappen, aber zu billigen Gut Umwelt werde verbraucht. Weil der Markt durch die fehlende Bepreisung von Umweltgütern nicht angemessen reagieren könne, seien staatliche Steuerungsmechanismen erforderlich. Ökosteuern seien eines der Instrumente, die hier eingesetzt werden können. Sie belasteten nach dem Verursacherprinzip die Verursacher von Umweltschäden, und könnten eine Lenkungswirkung entfalten, indem sie Investitionen in umweltfreundlichere Produktionstechniken rentabler machen. Den „Nebeneffekt“, dass durch Ökosteuern auch ein zusätzliches Steueraufkommen anfällt, bezeichnete Bayer als problematisch, weil dies zu Begehrlichkeiten im politischen Prozess führe, die der Wirksamkeit und Akzeptanz der Ökosteuer im Wege stehen. In der Bundesrepublik hat man die Ökosteuer gleichwohl so ausgestaltet, dass man sich eine „doppelte Dividende“ verspricht. Die erste besteht im umweltpolitischen Effekt bei der Erhebung, die zweite in einem arbeitsmarktpolitische Effekt bei der Verausgabung der Ökosteuer. Die eingenommenen Mittel fließen zusätzlich in die Rentenkassen und sollen so Arbeit billiger machen. Weniger Umweltverbrauch und mehr Arbeitsplätze sind die beiden Dividenden, die die Ökosteuer erbringen soll.

Als Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen listete **Frank Steffe** erste Erfolge der bisherigen Reform auf: Für das Jahr 2003 werden aus der Ökosteuer Einnahmen in Höhe von 18,8 Mrd. EUR erwartet. Davon sollen ca. 17 Mrd. in die Rentenkassen fließen, wodurch sich die Beiträge zur Rentenversicherung um 1,7 %-Punkte verringern. Allerdings wird diese Entlastung wenig sichtbar, da sie durch die aus demographischen Gründen erforderliche Heraufsetzung der Beiträge zum Großteil kompensiert wird. Auch auf der Umweltseite sind erste Erfolge erkennbar: Seit 2000 geht der Benzinverbrauch jährlich um durchschnittlich 4 % zurück. Dadurch ist allein der verkehrsbedingte CO<sub>2</sub>-Ausstoß seit 1999 um rund 9 Mio t gesunken.

**Dr. Danyel Reiche**, Mitarbeiter am Institut für Umweltpolitik der FH Berlin, erkannte diese Erfolge an, machte aber auch deutlich, dass die Ökosteuer noch Wünsche offen lässt. Aus umweltpolitischer Perspektive beanstandet werden in erster Linie die zahlreichen Ausnahmeregelungen für das produzierende Gewerbe. Für Verbräuche oberhalb eines festen Sockelbetrags sinkt der Steuersatz auf 60 % des Regelsatzes. Um die Ökosteuer für die einzelnen Betriebe finanziell neutral zu halten, können Unternehmen über den sog. Spitzenausgleich 95 % der Ökosteuer-Abgaben zurückerhalten, die ihre Entlastung durch die gesenkten Rentenversicherungsbeiträge übersteigen. Dies führe dazu, dass energieintensive und gleichzeitig arbeitsexensive Branchen den Großteil der Belastung durch die Ökosteuer zurückerstattet bekommen – und damit ausgerechnet hier keine ökologische Lenkungswirkung der Ökosteuer auftritt. Die Ökosteuer ist aufkommensneutral: was dem Steuerzahler beim Energieverbrauch genommen wird, bekommt er über die Rentenkasse zurück. Nur in dieser Form war die Ökosteuer politisch durchsetzbar. Gleichwohl gerät der Grundsatz der Aufkommensneutralität zunehmend in die Kritik, weil er es nicht erlaubt, Ökosteuer-Einnahmen gezielt zur Vermeidung oder Kompensation von Umweltschäden einzusetzen.

Ökonomische Steuerungsinstrumente stellen nach Auffassung von **Dr. Anselm Görres** vom Förderverein für eine ökologische Steuerreform das beste Instrument zur Herbeiführung umweltverträglicher Verhaltensweisen dar. Solange umweltschädigende Handlungen sich individuell bezahlt machten, blieben moralische Appelle an den Einzelnen wirkungslos. Wer beispielsweise erreichen wolle, dass weniger Auto gefahren wird, müsse Rahmenbedingungen schaffen, die Alternativen zum Auto attraktiv machen, statt lediglich unter den gegebenen Bedingungen den Einzelnen ein schlechtes Gewissen einzureden. Welchen Stellenwert individuelles Wohlverhalten in der Umweltpolitik haben kann und soll, war anschließend Gegenstand lebhafter Diskussionen.

**Dr. Ulrike Beland** vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag in Berlin stellte dar, welche Last die Unternehmen durch die Ökosteuer zu tragen haben. Sie kritisierte, dass die Höhe der Ökosteuer, nicht zuletzt wegen der Ausnahmetatbestände, so gering sei, dass die erhoffte Anreizwirkung für umweltverträgliche Innovationen ausbleibe. Gleichwohl könnten die höheren Kosten wegen der internationalen Konkurrenz nicht einfach auf den Verbraucher überwälzt werden, was manche Betriebe an den Rand der Rentabilität bringe. Sie schlug vor, auf Ausnahmeregelungen zu verzichten und Unternehmen gänzlich von der

Ökosteuerung auszunehmen. Die Ökosteuer solle konsequent als Verbrauchssteuer angelegt werden, weil sie beim Verbraucher ihre Lenkungswirkung besser entfalten könne, und insbesondere energieintensive Unternehmen aus Gründen wirtschaftlicher Effizienz ohnehin freiwillig ihren Energieverbrauch minimieren würden.

Fragen sozialer Gerechtigkeit thematisierte abschließend **Fabian Scholtes**, Mitglied des Graduiertenkollegs ‚Globalisierung‘ an der Universität Tübingen. Er setzte sich insbesondere mit dem Vorwurf auseinander, die Ökosteuer treffe alle gleich, und damit die Ärmere verhältnismäßig stärker als die Reichen. Wer in ökonomischer Hinsicht global argumentiere, dürfe auch im Hinblick auf soziale Fragen den Weltmaßstab nicht aus den Augen verlieren: Unser Lebensstandard und unser durchschnittliches Konsumniveau gingen nicht nur zu Lasten zukünftiger Generationen, sondern schon jetzt auf Kosten der ärmeren Länder dieser Erde. Eine Reduktion des mit Produktion und Konsum verbundenen Ressourcen- und Energieverbrauchs durch die Ökosteuer führe daher in größerem Maßstab zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Primäres Anliegen einer Ökosteuer sei allerdings ihre ökologische Lenkungswirkung. Eine gerechtere Verteilung des in unserer Gesellschaft vorhandenen Einkommens und Vermögens müsse über andere Steuern gewährleistet werden.

Dr. Uta Eser, Koordinationsstelle Umwelt, FH Nürtingen, Kontakt: [eser@fh-nuertingen.de](mailto:eser@fh-nuertingen.de)